Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	

No. 19.

Außerordentliche

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am 19. September 1923.

Gegenwärtig:

1. Vorsitzender:

I. rechtsk. Bürgermeister: Karl Mayer,

II. Bürgermeister: Wolfgang Graßl, entsch.

2. Die bürgerlichen Stadträte:

Hoffmann	Söltl
Lipold entsch.	Hambel
Döring	Hecht
Heiß	Herrmann
Scherer	Frau Hertlein
Guggemos	Metzger
Bachmeier	Härtl
Fehn	Feyerlein
Trummel	Hees

3. Oberstadtsekretär Wittmann

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
1	–		Verkommnisse anlässlich des „Deutschen Tages" vom 15. u. 16. September 1923 in Hamburg a. d.

Beschluß

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und gab bekannt, daß Verbrecher Hölle anstatt der ges. zum Verhandlungsführer im Hinblick auf die Verkommnisse vom 15./16.9.23 Anlaß zur Einberufung einer außerordentlichen Vorstandssitzung gestellt habe, weswegen die heutige Sitzung anberaumt worden sei.

Auf Aufforderung des Vorsitzenden begründete Verbrecher Hölle den gestellten Antrag näher, indem er die Verkommnisse im einzelnen darstellte, wonach es [illegible] dem Ausschuß Klingenmüller Graf das Wiedertreten des Verbrechs vorzuschlagen, mit dessen die Verkommnisse in sein Lokal aufgenommen und geduldet habe, daß dieses in seinen Geschäftsräumen verkommen habe.

Der Vorsitzende stellte hierauf den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, und es sich bei diesen beanstandeten Wiedertreten um eine ganz interne Angelegenheit zwischen dem Verbrecher und einem Verbrechensmitglied handele und sich die Erörterung und Beschlußfassung hierüber für die Öffentlichkeit nicht eigne. Auf Aufforderung des Vorsitzenden verließen die Zuhörer während der Erörterung und Beschlußfassung über diesen Antrag den Sitzungssaal. Mit 15 gegen 3 Stimmen (Hölle, Hamburg u. Herrmann) wurde, nachdem niemand zum Antrage Stellung genommen hatte, der Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossen. Die Zuhörer wurden von diesem Beschlusse verständigt.

Hierauf beriet der Vorsitzende über die vorliegenden Vorfälle sowie über die vorgenommenen Ermittlungen und gegebenen Berichte der Ermittlungsbeamten zur Kenntnis und stellte

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand

Beschluß

grundsätzlich sei, daß die streitigen Vorfälle zu verschiedenen seien, der sie gegen Recht und Gesetz verstießen. Die zuständigen Verkehrsämter seien keineswegs zu verpflichten, Konzessionen über gewisse Linien Verkehrsunternehmungen von linksrheinischen Orten verkehrlich festzusetzen. Es bestehe eine Reihe von Vorschriften, und gewisse insbesondere auch die zwischen Oberpostdirektorium a. d. Bamberger. Die Feststellungen der streitigen Ortsgrenzen des Landes D. u. R. gegen, wie sie in § 214 des Bundesvertrages Ausgrenzungsverfahren vorgesehen ist, bekannt gegeben. Der Beschwerdeführer bestreitet jedoch auch den Grundsatz, wonach die Zugehörigkeit von den streitigen Orten zum Verkehrsamtsbezirk Land des Verkehrsministeriums und des I. Bürgermeisters den Verkehrsbezirksämtern überlassen werden sei, entgegen, daß sie unrichtig und nach dem Gesetze unbefugt nicht zulässig.

Verkehrsminister Handel beschwert sich darüber, in seinem Ausführungen die Vorgänge und zugrunde, Verkehrsämter zu betrachten, damit sich solche Verkehrsämter nicht auch zwischen Ländern insbesondere alle Feststellungen bis dahin weiterhin zu verbieten.

Einer Anregung der sog. dem. Fraktion, die Beschlußfassung über den Widerspruchsverfahrensvertrag zurückzustellen, bevor der Vorsitzende und Verkehrsminister Häring entgegen und beantragen beide, den Antrag zur Abstimmung zu bringen, wobei sie ausführten, daß Innen. Bürgermeister bezüglich der Verkehrsämter in seiner Wirtschaft keine Schuld beigemessen und er für diese nicht verantwortlich gemacht werden könne, im übrigen müßten, wenn die gewünschten Feststellungen irgend einen

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
2			Wertzuwachs für Monat August 1923

396

Beschluß

Wertzuwachs des II. Vierteljahrs wurde festgesetzt, gegen Festsetzung Beschwerde vorgebracht wurde.

Hierauf wurde sich Beisitzer Herrmann wegen in Beschwerde Angelegenheiten zurückgezogen.

Beisitzer Stadtrat wegen wurde seiner Funktion des Wertzuwachsschätzungsausschusses enthoben.

Beisitzer Hoffmann wurde anstatt der Beisitzer Funktion des L.V.Z. des Ersatzmannes bezüglich der Beschwerde, worauf der Vorsitzende die ganze Angelegenheit darin zusammenfasste, daß der Beisitzer die vorgebrachten Begründungen zurückweise, im übrigen die Abänderung der Festsetzung des Ausschusses der Wertzuwachsschätzung des Preises?

Der Wertzuwachs wird für Monat August 1923 auf 88.000 M per qm festgesetzt. Für die Zukunft wird die Beschlußkammer ermächtigt, den Wertzuwachs je nach den Umständen festzusetzen.

Stadtrat Neuburg a. Donau

397